

Was sagt *Décroissance Bern* zur Wirtschaftskrise in Südeuropa?

PolitikerInnen der EU wollen mit Wachstum die Krise bekämpfen. Allerdings ist die Ursache der Krise sowohl in Griechenland wie auch in Spanien eine fehlgeleitete Wachstumsstrategie, die mit Schulden finanziert wurde. Für die *Décroissance*-Bewegung gibt es keinen Grund, die grundsätzliche Ablehnung des Wachstums zu revidieren.

Seit dem Ausbruch der Schuldenkrise in Südeuropa und besonders nach Hollandes Wahlsieg in Frankreich sind einige WachstumsgegnerInnen verunsichert. Am 22.5.2012 machte sich die NZZ lustig über einen deutschen Grünalternativen, der jahrelang gegen das Wachstum gewettert habe und nun kleinlaut zugeben müsse, dass die Krise ohne Wachstum nicht überwunden werden könne. Wir von „*Décroissance Bern*“ sind solidarisch mit den Arbeitslosen und Verelendeten in Griechenland - trotzdem halten wir fest an unserer Wachstumskritik und wir haben gute Gründe dafür.

In der Debatte, die jetzt in der EU geführt wird, fordern Deutschland und Grossbritannien einen strikten Sparkurs, ein höheres Rentenalter und einen flexiblen Arbeitsmarkt von den verschuldeten Ländern. Die andere Gruppe, die von Frankreich angeführt wird, will mit schuldenfinanzierten Infrastrukturprojekten die Wirtschaft in den Krisenländern ankurbeln. Beide Gruppen wollen mit Wachstum die Krise bekämpfen.

Gegen die Vorschläge von Merkel und Cameron begnügen wir uns mit dem Hinweis auf die extrem hohe Jugendarbeitslosigkeit in Spanien, Griechenland und Italien. In Spanien sind fast 50% und in Italien fast 30% der Jugendlichen unter 25 arbeitslos (Der Bund, 23.5.2012). Was könnte eine Erhöhung des Rentenalters daran ändern? Auf die Vorschläge von Hollande wollen wir ausführlicher eingehen.

Hollande plädiert für einen europäischen „Wachstumspakt“, der Griechenland und andere hochverschuldete Länder aus der Krise führen soll. Das Vorbild ist der „New Deal“, mit dem US-Präsident Roosevelt in den 1930er Jahren durch Investitionen in die Infrastruktur die damalige Krise mit einem gewissen Erfolg bekämpft hat. Diese Politik wurde etwa gleichzeitig vom britischen Ökonomen Keynes theoretisch begründet. Die Idee dahinter ist, dass die Schulden, die ein Staat dabei aufnehmen muss (deficit spending), später mit höheren Steuereinnahmen getilgt werden können. Für Roosevelt ging die Rechnung auf: mit den Geldern des New Deal wurden im Südosten der USA Flüsse reguliert (der Tennessee und seine Nebenflüsse) und Staudämme mit Elektrizitätswerken gebaut. Danach flossen der Staatskasse aus diesem Gebiet neue Steuergelder zu.

Dieses Rezept soll nun auch auf die Krisenländer in Südeuropa angewendet werden. Durch Investitionen in die Infrastruktur soll die Wirtschaft zum Wachsen gebracht werden und dann sollen mit den gewachsenen Steuereinnahmen die Schulden bezahlt werden. Unser Einwand dagegen ist: in Griechenland und Spanien ist vor der Krise 20 Jahre lang sehr viel in die Infrastruktur investiert worden und beide gehörten mit Irland zu den Ländern mit der höchsten Wachstumsrate des BIP in Europa. Da muss man doch zuerst einmal fragen, ob es

einen Zusammenhang gibt zwischen dem Höhenflug vor 2008 und dem plötzlichen Absturz. Was wurde falsch gemacht in den Jahren des Booms?

Es ist nicht schwer (kostet aber viel Geld), mit dem Bau von Brücken, Strassen und Sportstadien vorübergehend neue Jobs zu schaffen. Wenn alles fertig gebaut ist, werden die Bauarbeiter nach Hause geschickt - und was kommt dann? Die griechische Wirtschaft hatte vor den Olympischen Spielen 2004 Wachstumsraten von mehr als 3%, weil sehr viel gebaut wurde: ein neuer Flughafen und eine U-Bahn für Athen, Bauten für die Olympischen Spiele, eine Brücke über den Golf von Korinth und neue Autobahnen im ganzen Land. All diese Bauten, die sehr teuer waren, konnten die schwache Wirtschaft nicht langfristig beleben. Warum?

Seit dem Altertum sind die Griechen ein Volk von Seefahrern und im 20. Jahrhundert war die griechische Handelsflotte eine der grössten der Welt. Da ist es logisch, dass in Griechenland auch Schiffe gebaut werden. Handelsflotte und Werften brauchen keine Autobahnen. Die grössten Industriekomplexe liegen bei Athen und bei Saloniki, also in nächster Nähe zum Meer. Um ihre Rohstoffe zu beziehen und ihre Produkte zu exportieren, brauchen sie Häfen und keine Autobahnen. Der Strassenbau hat sicher die Verkaufszahlen von deutschen Autos in Griechenland ansteigen lassen, denn Bauern in Thessalien fahren heute Porsche Cayenne, wie der griechische Philosoph Nikos Dimou schreibt (Der Bund, 29.2.2012).

Die Brücke, die den Peloponnes mit dem griechischen Norden verbindet, bringt keinen grossen Nutzen. Auf dieser Halbinsel leben nur 600'000 Menschen, überwiegend Bauern, die Olivenöl und Wein produzieren. Um ihre Produkte nach Athen oder zum nächsten Hafen zu bringen, brauchen sie die Brücke nicht. Die teuren Sportanlagen der Olympischen Spiele haben heute keine Verwendung mehr. Ein Riesenevent wie Olympische Spiele ist für ein Land mit nur 11 Millionen EinwohnerInnen eben nicht finanzierbar. Ein weiterer Grund der hohen Verschuldung liegt in den viel zu hohen Ausgaben für die Armee und für den Import von Kriegsmaterial, z.B. U-Boote aus Deutschland. Wenn Griechenland die U-Boote einfach zurückgeben würde, hätte es schon einen Teil seiner Schulden getilgt. Leider hat der griechische Staat auch das Problem, dass die Reichen fast keine Steuern zahlen. Aber für die Krise in Spanien ist die schlechte Steuermoral nicht verantwortlich.

Auch in Spanien wurde in der Vergangenheit sehr viel in die Infrastruktur investiert und die fieberhafte Bautätigkeit hat eine Zeitlang das Bild einer dynamischen Wirtschaft entstehen lassen. Der Nutzen vieler Bauprojekte war jedoch beschränkt, wenn es überhaupt einen Nutzen gab. Die kleine Stadt Jerez, die für ihre Weine berühmt ist, hat sich mit 400 Millionen € verschuldet, um eine Formel 1-Rennbahn zu bauen (FAZ, 17.3.2012). Ein neuer Grossflughafen bei der Stadt Ciudad Real, nur 200 km südlich von Madrid, wurde aus Mangel an Passagieren drei Jahre nach der Einweihung geschlossen (Der Bund, 21.11.2012).

Die Ursache der Krise in beiden Ländern war also eine fehlgeleitete Wachstumsstrategie, die mit Schulden finanziert wurde. Deshalb gibt es für die Décroissance-Bewegung überhaupt keinen Grund, die grundsätzliche Ablehnung des Wachstums zu revidieren. Das schliesst nicht aus, dass moderate Wachstumsimpulse im Sinne einer „ersten Hilfe“ für die verunglückten Staaten sinnvoll sein können, aber als langfristige Therapie sind sie abzulehnen.

Helmut Knolle, Mitarbeitender von Décroissance Bern, 1.6.2012